

(A)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren, es gibt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Überweisung beider Anträge Drucksachen 11/271 und 11/272 an den Ausschuß für Haushaltskontrolle zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist dann so beschlossen.

Ich rufe Punkt 6 der Tagesordnung auf:

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1990
(Nachtragshaushaltsgesetz 1990)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/164

Beschlußempfehlung und Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses zur zweiten Lesung
Drucksache 11/327

dritte Lesung

(B)

Da nach der gestrigen zweiten Lesung des Gesetzentwurfs keine weitere Ausschußberatung stattgefunden hat, ist die Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses zur zweiten Lesung Drucksache 11/327 auch Grundlage der heutigen Beratung in dritter Lesung.

Es liegt Ihnen weiterhin eine Reihe von Entschließungsanträgen vor, über die wir am Ende dieses Tagesordnungspunktes abstimmen werden, und zwar der Antrag der Fraktion der CDU "Baumaßnahmen für die Landesvertretung in Bonn" Drucksache 11/379, der Antrag der Fraktion der F.D.P. "Einrichtung von Kabinettsausschüssen" Drucksache 11/391 und der Antrag der Fraktion der F.D.P. "Personalausweitung durch die Neuorganisation der Landesregierung" Drucksache 11/392.

Ich eröffne die Beratung und erteile als erstem Redner Herrn Abgeordneten Schauerte für die Fraktion der CDU das Wort.

(C)

(Als sich der Redner zum Rednerpult begibt, erlöschen einige Lampen im Plenarsaal.)

Abgeordneter Schauerte (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Man könnte bei diesen Verhältnissen und diesen Zahlen den Eindruck haben, die Lichter gehen aus. Aber ich glaube, das hat andere Ursachen.

(Abgeordneter Champignon [SPD]: Das ist Ihre Anwesenheit!)

Seit gestern ist ja nicht viel Neues passiert. Deswegen können wir uns sicherlich auf ganz wenig beschränken.

Zunächst einmal: Herr Finanzminister, uns fehlen immer noch die Angaben zur Steuerschätzung. Sie haben leider eine Gelegenheit verpaßt, eine unrichtige Behauptung hier im Plenum richtigzustellen, nämlich die unrichtige Behauptung, daß der Bundesfinanzminister beim zweiten Nachtrag die neuen Steuerschätzungen vom Mai nicht vorgelegt hätte. Er hat sie vorgelegt! Vielleicht nutzen Sie jetzt die Gelegenheit, das richtigzustellen. Wir sollten da sauber miteinander umgehen.

(D)

Die nächste Bemerkung mache ich zu den Zahlen. Verdient Nordrhein-Westfalen an der Wiedervereinigung? Wissen Sie, das Thema ist einfach so wichtig, daß ich es hier noch einmal ansprechen muß.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Da erinnere ich an den Beitrag vom Kollegen Dorn von gestern!)

- Auf den komme ich gleich, Herr Trinius. - Wir alle - wenigstens alle die, die die Patrioten sind, Herr Trinius, und dabei gucke ich Sie an - beklagen doch, daß bereits heute Mitglieder Ihrer Regierung und Ihrer Partei draußen im Land sagen, die Maßnahme A kann wegen der Wiedervereinigung nicht finanziert werden, der Kindergarten B kann wegen der Wiedervereinigung nicht bewilligt werden, und die Sozialstation C kann keinen Zuschuß bekommen. Im Moment entwickeln gerade Sozialdemokraten draußen im Lande eine Stimmung, die sagt: Das ist so teuer, daß wir bereits jetzt notwendige Maßnahmen im Inland und hier im Land Nordrhein-Westfalen nicht

(A) (Schauerte [CDU])

mehr anpacken können. Ich halte das für fatal, ich halte das für falsch, ich halte das für ein großes Die-Öffentlichkeit-auf-den-Leim-Schicken. Um genau das zu vermeiden, ist es erforderlich, klar zu machen, wie die Dinge im Land Nordrhein-Westfalen wirklich sind.

Ich sage Ihnen noch einmal: Im Haushaltsjahr 1990 nimmt das Land Nordrhein-Westfalen wegen der Wirkungen der Wiedervereinigung mehr Steuern ein als es ohne die Wiedervereinigung einnehmen würde. Wir nehmen insbesondere viele hundert Millionen DM mehr Steuern ein, als wir Landesmittel in den Wiedervereinigungsprozeß konkret hineinstecken.

(Beifall bei der CDU - Abgeordneter Champignon [SPD]: Was macht der Bund denn damit?)

Diese Aussage ist absolut korrekt und richtig,

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Da gibt es eine Absprache der Finanzminister!)

und sie ist nicht nur im Jahr 1990, sondern auch in den Jahren 1991, 1992, 1993 und 1994 richtig, sie ist so lange richtig, wie wir nicht mehr beschließen als bisher beschlossen ist. Diese Aussage bleibt richtig.

(B)

Wie der Kollege Dorn bei einer solchen Sachlage, die ich ja vortrage, um unsere Hilfsbereitschaft in Richtung DDR noch verbessern zu können, mich in einem Atemzug mit PDS-Argumentationen nennen kann, kann ich nicht verstehen. Ich kann nur sagen: Ich kann seinen Komplexen, die er da offensichtlich hat, nicht abhelfen. Mehr will ich dazu auch nicht sagen.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Dann haben Sie wirklich nicht zugehört!)

- Nein, diese Komplexe, die er da hat, müssen auf etwas außerhalb dieses Hauses zurückzuführen sein. Ich weiß nicht, wie das sonst zu erklären wäre. Seine eigenen Parteifreunde hatten ja Probleme, das nachzuvollziehen, was er hier in dieser Attitüde vortrug. Darum geht es doch. Wir können uns natürlich darüber streiten, ob es richtig ist, das zu sagen oder nicht. Aber die Zahlen und ihre Wirkungen sind doch so, Herr Trinius, wie ich sie vorgetragen habe. Das wissen Sie doch ganz genau.

(C)

(Zuruf des Abgeordneten Trinius [SPD])

Lassen wir uns das deswegen doch als eine Chance begreifen, daß wir bei dieser Ausgangslage wirklich noch helfen können. Das ist doch schön, daß das so ist und daß wir nicht eine Schiefelage bekommen, als würde die Hilfe, die wir bereits jetzt leisten, das Land Nordrhein-Westfalen in einer solchen Weise belasten, daß es notwendig Anderes nicht mehr tun kann. Das wollte ich deutlich machen.

Unseren Entschließungsantrag in Richtung Landesvertretung, der heute zur Abstimmung gestellt wird, brauche ich nicht noch einmal vorzustellen. Wir sind der Meinung, daß es jetzt nötig ist, daß sich das Kabinett bewegt. Wir brauchen das Signal in die Öffentlichkeit und auch in die Bundesländer, damit sie eindeutig sehen, daß Nordrhein-Westfalen ohne Wenn und Aber zur Zukunft von Bonn als Regierungssitz steht. Das ist doch die wichtige Frage, um die es hier geht, und da müssen wir mit eigenen Investitionsentscheidungen dabei sein.

Ansonsten werden wir den Nachtragshaushalt ablehnen müssen, weil es nach wie vor bei der SPD keine Bewegung gibt, bei der Stellenvermehrung um 138 Beamte ein Stück zurückzugehen. Was Sie vorschlagen, Herr Trinius - -

(D)

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Es wird effektiver!)

- Nein, richtiger wäre tatsächlich, wir würden die neuen Stellen erst gar nicht einrichten. Das ist der weitergehende, der klarere und deutlichere Ansatz. Sie haben ja auch Verständnis, daß wir unseren Antrag stellen. Wir möchten gern, daß statt dieser 138 Beamten in den Wasserköpfen unserer Ministerien 138 Sonderschullehrer zur Hilfestellung an den Schulen im Lande eingesetzt werden. Ich glaube, das ist ein Antrag, der bei den Bürgern auf viel Verständnis stößt. Nun die uneinsichtige SPD will das nicht wahrhaben. Nun gut, dann begehen Sie den Fehler und beschließen Sie das Gegenteil. Wie bleiben bei unserer Linie.

(Beifall bei der CDU)

(A)

Vizepräsident Dr. Klose: Als nächsten Redner darf ich Herrn Abgeordneten Wickel aufrufen. Herr Kollege Wickel, ich erteile Ihnen für die Fraktion der F.D.P. das Wort.

Abgeordneter Wickel (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Nachtragshaushalt ist nach unserer Auffassung zwischen der zweiten und der dritten Lesung nicht besser geworden. Aber der Zeitpunkt, zu dem wir diesen Nachtragshaushalt verabschieden, läßt gute Hoffnungen für die Zukunft erwarten. Wir haben inzwischen glänzende Zuwachsraten im Konsum, es ist ein deutliches Wachstum der Wirtschaft erkennbar und, meine Damen und Herren, wie ein roter Faden zieht sich das durch unsere Diskussion: Der Grund dafür ist die Entwicklung in der DDR.

Zu der gleichen Zeit, zu der wir hier diskutieren, debattiert der Deutsche Bundestag über den Einigungsvertrag. Dort wie auch hier sind große Unterschiede in den politischen Auffassungen erkennbar, genauso wie bei den Politikern der CDU, die dort hinten gerade lebhaft Gespräche führen.

Meine Damen und Herren, während Herr Lafontaine versucht, der DDR-Bevölkerung klarzumachen, sie nehme nicht schnell genug an unserem Reichtum teil, also die Neidschwelle aufbaut, schürt er zugleich in der Bundesrepublik die Kostendiskussion der unbezahlbaren Milliarden,

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Das ist nicht wahr!)

versucht Angst vor der Zukunft zu verbreiten, Herr Trinius, und das alles vor dem Hintergrund täglich neuer Meldungen über immer mehr Milliarden, die der Einigungsprozeß kosten soll.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Genau dasselbe sagt er in Magdeburg!)

Fazit: Die deutsche Einheit wird teurer als nötig - und jetzt kommen wir dazu, Herr Trinius -, weil vieles verschlafen worden ist. Deshalb fragen wir: Verschlafen wir nicht auch hier und heute eine Chance? Auch wir halten mehr Finanzbeamte in und für die DDR für notwendig, und deshalb haben wir den CDU-Antrag unterstützt. Ich bin nicht sicher, Herr

(C)

Kollege Trinius, ob wir nicht in absehbarer Zeit noch weit darüber hinausgehen müssen. Das Einnahmesystem der DDR ist doch zusammengebrochen. Wir können jetzt nur noch retten, was zu retten ist. Man hätte eben früher über die Einführung des bundesdeutschen Steuersystems in der DDR nachdenken müssen.

Nun wissen wir: Laut Staatsvertrag soll unser Steuersystem zur Jahresmitte eingeführt sein. Aber im Grunde sind die Voraussetzungen dafür nicht erfüllt. Es fehlen Formulare, Steuerrichtlinien sind nicht interpretierbar, und es gibt nicht genug Leute, die Steuern errechnen, kontrollieren und auch eintreiben können.

(Zuruf des Abgeordneten Trinius [SPD])

Wer das da drüben erlebt, kann nur sagen: Es ist eine einzige Katastrophe. Deshalb sollten wir hier auf Wiedervorlage lassen, wie die Landesregierung letztlich dem CDU-Antrag folgt. Vielleicht wird sie noch in diesem Jahr mehr Steuerbeamtenstellen für die DDR fordern. Was drüben passiert, ist doch so schlimm, daß mit jedem Tag, den wir zuwarten, daß es klappt, die Liquidität immer weniger hinzukriegen ist, von allem anderen ganz zu schweigen.

(D)

Ich sagte gestern bei der zweiten Lesung schon: Wir stimmen ausdrücklich der Erhöhung der Mittel für die Übergangsheime zu. Aber es soll niemand glauben, daß es damit getan ist. Wenn ich an die Diskussion von vorhin denke: Das ist doch nur ein Schatten von dem, was auf uns zukommt. Wenn die Sowjetunion - die entsprechende Gesetzesvorlage liegt ja dem Obersten Sowjet vor - 1991 die Reisefreiheit einführt, werden nach dem bisherigem Erkenntnisstand mehr als zwei Millionen Menschen zu uns kommen; mehr als zwei Millionen Menschen! Jeder von uns weiß, daß über 200 000 Anträge aus Rumänien noch nicht bearbeitet sind; diese kommen auch noch. Dies alles ist eine Zahl ohne Asylanten, Flüchtlinge und sonstige Aussiedler. Ich glaube, daß da etwas auf uns zukommt, was wir uns in unserer Phantasie gar nicht vorstellen können. Vor diesem Erwartungshorizont und vor diesem Druck, der da über Leute, die Vorrang vor allen anderen haben sollen, auf uns zukommt, wirkt die vorausgegangene Diskussion einfach gespenstisch.

(A) (Wickel [F.D.P.]

Bei der Gelegenheit eine kurze Bemerkung zur Herrn Appel! Wir sind kein Einwanderungsland. Ein Einwanderungsland unterscheidet sich dadurch, daß es die Einwanderer aussucht, die es haben will. Ein Land, das das nicht kann und nicht tut, ist auch kein Einwanderungsland. Zumindest ist das die klassische Definition.

Wir wissen also inzwischen auch, welche Auswirkungen die jetzt erkannte Wohnungsnot auf das soziale Gefüge in unserem Land hat. Auch da haben wir gesagt: Mehr Wohnungen sind nötig, mehr Wohnungen sind richtig; deshalb stimmen wir zu.

Aber, meine Damen und Herren, inzwischen hat sich etwas enorm verändert: Wir wissen inzwischen, woran es liegt, daß diese Wohnungsnot besteht, und das kann ich Ihnen mit Zahlen und Fakten belegen.

Nach der Volkszählung 1970 bewohnte jeder Bürger unseres Landes ca. 18 Quadratmeter Wohnfläche. Die Auswertung der Volkszählung im Jahre 1989 ergab, daß inzwischen jeder Bürger 32 Quadratmeter Wohnfläche bewohnt; in Bonn sind es sogar über 34 Quadratmeter.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Ja, die machen sich breit!)

(B)

Das bedeutet also in zwanzig Jahren, Herr Kollege Trinius, eine Verdoppelung der eigenen Wohnfläche. Hinzu kommt die stark angestiegene Zahl der Einzelhaushalte.

Dann ist wohl klar, woher die Wohnungsnot kommt: Wir alle, die wir hier sitzen, haben uns um das Doppelte größer gesetzt. Deshalb ist es eben einfach falsch, jetzt die Schuld an der Wohnungsnot zwischen Landes- und Bundesregierung hin- und herzuschieben. Ich sehe das etwas anders; ich sage: Die Schuld an der jetzigen Misere haben diejenigen, die die Volkszählung 1980 verhindert haben.

(Beifall bei der CDU)

Denn wir hätten dann 1980 die Daten bekommen, die uns den Hinweis gegeben hätten, was sich tatsächlich in der Bevölkerung abspielt: daß sich die Leute größer setzen. Daher war nicht erkennbar, wo die Differenz zwischen abnehmender Bevölkerung und Zubau

von Wohnungen geblieben ist. Wir haben uns eben doppelt groß gesetzt, und das sollte man auch ehrlich sagen. Das sind die Probleme!

(Zuruf des Abgeordneten Appel [GRÜNE])

- Wenn man Volkszählung nicht macht, bekommt man nicht notwendige Daten und Fakten, Herr Appel, die eine Administration einfach braucht, um vorausschauend planen und arbeiten zu können. Infolgedessen sollen sich die Schuld für die Wohnungsnot diejenigen an die Hose nähen, die damals die Volkszählung verhindert haben, so daß wir zehn Jahre zu spät zur Erhebung der tatsächlichen Daten gekommen sind.

Meine Damen und Herren! Die Entscheidung zwischen 138 Sonderschullehrern oder 138 Ministerialbeamten fiel uns in der F.D.P.-Fraktion leicht. Wir haben uns für die Sonderschullehrerstellen entschieden,

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

damit der Unterrichtsausfall von 25 % an den Sonderschulen des Landes verringert werden kann. Wie soll man eigentlich den Eltern dieser betroffenen Kinder klarmachen, daß Ministerien wichtiger sind als die Zukunft ihrer Kinder?!

(D)

(Beifall bei der CDU)

Damit, meine Damen und Herren, fällt die Bewertung dieses Nachtragshaushalts insgesamt für uns eindeutig aus: In Fortführung meiner gestrigen Ausführungen werden wir ihn mit einem klaren Nein ablehnen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich darf als nächste Rednerin Frau Abgeordnete Höhn für die Fraktion DIE GRÜNEN aufrufen. Bitte schön!

Abgeordnete Höhn (GRÜNE): Meine Damen und Herren! Dieser Nachtragshaushalt ist unter einer Tarnkappe dahergekommen. Ursprünglich war er als DDR-Nachtragshaushalt vorgesehen, und das war ja

(A) (Höhn [GRÜNE])

auch okay. Das war klar: Da werden Ausgaben fällig, und da müssen einige Beträge über einen Nachtragshaushalt angehoben werden.

Was wir aber festgestellt haben: Dahinter haben sich eine Menge andere zur Krippe gedrängt. Da haben eine Menge andere gesagt, sie wollten auch ein bißchen Geld haben.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Sie kriegen auch etwas ab!)

Es wäre ja auch nichts dagegen einzuwenden, wenn man sagen würde: Ministerpräsident Rau hat Ziele in seiner Regierungserklärung erläutert, und die ersten Aufgaben werden jetzt schon umgesetzt.

Aber so ist es eben nicht. Was passiert ist, wer zur Krippe gedrängt hat, das ist sehr deutlich klargeworden: Es waren einmal die Abgeordneten, für die der Staat tiefer in die Tasche greifen soll. Es sind zum anderen die Parteien, die sich nachträglich einige Millionen in die Parteikassen haben umleiten lassen, und es ist schließlich eine Aufblähung der Ministerien, die wir für nicht richtig halten. Sehen wir einmal vom Frauenministerium ab,

(B) (Zurufe von der CDU: Aha!)

so ist nichts anderes passiert, als daß alter Wein in neue Schläuche gefüllt worden ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der Tat: Das Frauenministerium ist eine neue Aufgabe; aber alle anderen Ministerien sind eigentlich nur Umverlagerungen. Wir können überhaupt nicht verstehen, warum zum Beispiel wegen einer Auslagerung des Verkehrsministeriums so viele neue Stellen geschaffen werden müssen. Das ist nichts anderes als eine Umverlagerung, für die überhaupt keine neuen Stellen hätten geschaffen zu werden brauchen.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Sehr richtig!)

Wenn wir uns einmal die Argumentation von Minister Clement ansehen, so sagt er: DDR - für neue Aufgaben müssen neue Stellen her. Dazu sagen wir: Hier wird mit zweierlei Maß gemessen. Ich bringe einmal ein Beispiel auf Landesebene, wie sonst mit vorüber-

(C)

gehenden Aufgaben umgegangen wird. Sehen Sie sich einmal den Hochschulbereich an! Im Hochschulbereich haben sich seit 1973 die Studentenzahlen verdoppelt. Das Personal ist in dieser Zeit nur um 30 % angestiegen. Die Begründung der Landesregierung war: Das ist ein vorübergehender Engpaß; diese Studentenberge sind nur vorübergehend, und damit müßt ihr leider fertig werden.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Da gibt es ein Verfassungsgerichtsurteil!)

Genauso war diese Begründung. In diesem Bereich ist in den letzten Jahren keine neue Stelle geschaffen worden. In diesem Nachtragshaushalt haben wir sogar noch nicht einmal die Verminderung der Stunden für studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte vollständig rückgängig gemacht.

Im Hochschulbereich hieß es also: Mit diesen vorübergehenden Mehrarbeiten müßt ihr fertig werden. Bei Clement heißt es: neue Stellen her!

Gestern habe ich mir zum Beispiel angehört: Pflege-notstand in den Krankenhäusern. Das bedeutet doch auch nichts anderes, als daß von den Menschen, die dort unter miserablen Bedingungen arbeiten, verlangt wird, daß sie diese Arbeit auch noch zusätzlich schaffen müssen. Niemand spricht davon, daß dafür neue Stellen im Nachtragshaushalt geschaffen werden. Dazu sagen wir: Es wird mit zweierlei Maß gemessen.

(D)

(Beifall bei den GRÜNEN - Abgeordneter Trinius [SPD]: Bei den Krankenhäusern sind viele Stellen geschaffen worden!)

Laut vom Sparen reden und nur die anderen meinen - das geht nach unserer Meinung nicht!

Ähnliches gilt für den Kindergartenbereich. Dort arbeiten Kindergärtnerinnen für ein "Vergelt's Gott!". Sehen Sie sich einmal die Löhne von Kindergärtnerinnen an, und vergleichen Sie das einmal mit der Arbeit, die dort geleistet wird: eine nervenaufreibende, wichtige Arbeit! Dort sind auch keine neuen Stellen. Es wird gesagt: Die müssen flexibel sein, die müssen eben mit solchen Situationen fertig werden. Wir sind der Meinung: So geht es nicht! In den Ministerien, in denen eigentlich nur eine Umverlagerung stattfindet und wo nur vorübergehend neue Aufgaben anfallen,

(A) (Höhn [GRÜNE])

dürfen keine neuen Stellen geschaffen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ministerpräsident Rau hat in seiner Regierungserklärung gesagt: hunderttausend neue Kindergartenplätze in den nächsten fünf Jahren.

(Abgeordneter Hunger [SPD]: So ist es!)

Das freut uns sehr.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Mit Finanzierungshintergrund!)

Aber Ministerpräsident Rau hat auch gesagt, wer die Musik bestellt, der muß sie auch bezahlen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Abgeordneter Trinius [SPD]: Richtig!)

Das freut uns auch. Dieser Meinung sind wir ebenfalls. Nur haben wir den Eindruck, daß das für ihn selber nicht gilt. Wenn man sich nämlich anschaut, wie er meint, daß diese 100 000 Kindergartenplätze bezahlt werden sollen, dann sagt er plötzlich: Ja, da muß eine Verantwortung her von Eltern und Kommunen. Was er mit der Verantwortung meint, das ist nichts anderes als eine finanzielle Verantwortung.

(B)

Dazu sagen wir: Herr Ministerpräsident Rau, wenn Sie die Musik bestellen, dann müssen Sie auch zahlen und können das nicht den Eltern und Kommunen überlassen, wie das hier offensichtlich passieren soll.

(Beifall bei den GRÜNEN - Abgeordneter Trinius [SPD]: Das ist doch keine Privatschatulle!)

Was wir als GRÜNE wollen - das ist eine große Aufgabe, bei der uns hoffentlich viele von Ihnen helfen -, ist der ökologische und soziale Umbau dieser Gesellschaft und damit auch der Wirtschaft, mit der wir es hier zu tun haben. Dieser Umbau muß in vielschichtiger Weise erfolgen. Wir hoffen, daß alle daran mitarbeiten, sonst werden wir dieses Ziel nicht erreichen. Das werden wir nicht durch einen solchen Nachtragshaushalt schaffen, sondern das ist ein Ziel für die nächsten Jahre.

(C)

Der Nachteil des jetzigen Wirtschaftssystems liegt darin, daß es eigentlich nur um betriebswirtschaftliches Gewinnstreben geht und daß volkswirtschaftliche Aspekte, Gesundheitsaspekte und Lebensqualität für die Menschen vernachlässigt werden

(Beifall bei den GRÜNEN)

und daß es eigentlich das einzige Ziel ist, daß diese Wirtschaft immer mehr wächst. Das ist weder unser Ziel, noch streben wir es an.

Nach unserer Meinung gehört zum Umbau einer Gesellschaft selbstverständlich eine gute Ausbildung. Deshalb haben wir Grünen gesagt, wir wollen Mehraufwendungen im Kindergartenbereich, in den Schulen und an den Universitäten. Aber zu einem Umbau der Gesellschaft gehört natürlich auch ein ökologischer Umbau.

Wir freuen uns, daß einige Minister dieser Regierung inzwischen auch von "Umbau" reden, wie es Minister Matthiesen getan hat, der nämlich auch im Abfallbereich von einem Umbau der Wirtschaft gesprochen hat. Wir freuen uns, daß inzwischen die Vokabeln der GRÜNEN auch von Ministern der Landesregierung übernommen werden und in die Öffentlichkeit getragen werden.

(D)

(Abgeordneter Dorn [F.D.P.]: Doller Erfolg!)

- Das ist ein erster Schritt. Der zweite Schritt muß natürlich sein, daß das auch umgesetzt wird. Denn was helfen uns die Worte, wenn den Worten keine Taten folgen.

Dieser Umbau muß in mehreren Bereichen passieren: Er muß einmal im Energiebereich passieren. Darauf hat Kollege Busch eben schon hingewiesen. Er muß im Verkehrsbereich passieren. Das haben wir in unserer Debatte über das Ozonloch dargestellt. Und das muß ebenso im Abfallbereich passieren.

Abfälle zu verbrennen oder zu deponieren ist deshalb so gefährlich, weil die chemischen Zusammensetzungen dieses Mülls ein Giftcocktail besonderer Sorte sind.

(A) (Höhn [GRÜNE])

Wenn wir diese Probleme ökologisch und gesundheitlich lösen wollen, dann reicht es nicht aus, auf die Entsorgung dieses Mülls zu achten, sondern dann geht es eigentlich darum, daß wir Vorsorge betreiben und bei der Produktion ansetzen.

Wir begrüßen, daß Minister Matthiesen zum Beispiel in seinen Eckwerten für das Landesabfallgesetz gesagt hat, daß bestimmte, eindeutig gesundheitsgefährdende Stoffe verboten werden. Das hat er dort genau hineingeschrieben. Das begrüßen wir.

Wir hoffen nur, daß dann die SPD-Fraktion auch mit uns an einem Strang zieht, wenn wir dort konkret werden wollen, also zum Beispiel ein Verbot der Chlorchemie in der nächsten Zeit fordern werden. Wir hoffen, daß dann - in einem konkreten Fall - die SPD genauso mitmacht.

Ähnliches gilt für die Verbraucherpolitik. Wenn wir Formaldehyd im Holz nehmen, Asbest im Beton, Dioxin im Zement, dann gibt es viele Probleme, bei denen wir bei der Produktion ansetzen müssen.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: So etwas machen wir im Haushalt!)

(B) Natürlich kostet das alles Geld. In der Tat. Dann muß man sich fragen: Woher soll dieses Geld kommen? - In diesem Zusammenhang nehmen wir eigentlich mit Erstaunen zur Kenntnis, daß die Bundesregierung momentan von einem Tag auf den anderen höhere Summen verteilt: An einem Tag höre ich in den Nachrichten von über 3 Milliarden DM für die Amerikaner im Kuwait-Konflikt. Am nächsten Tag höre ich in den Nachrichten von über 3 Milliarden DM für die Sowjetunion.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: 13 Milliarden DM!)

Und die Milliarden, die inzwischen für die Vereinigung aufgebracht werden sollen, die können wir im Prinzip fast gar nicht mehr zählen.

Und in dieser Situation argumentieren Sie, Herr Schauerte, daß wir sogar noch an der Vereinigung verdienen. Ich finde diese Argumentation einmal wahnwitzig und zum anderen auch noch im Ganzen falsch. Darüber hinaus ist es natürlich auch in der

(C)

Auswirkung nicht korrekt. Denn momentan haben wir für diese Vereinigung eine Menge zu bezahlen und nicht daran zu verdienen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Beifall des Abgeordneten Heidtmann [SPD] und des Abgeordneten Dorn [F.D.P.])

Was für mich an diesen Zahlen, diesen Milliarden geschenken, deutlich wird, ist eigentlich etwas anderes: Ich stelle fest, daß es in diesem Land genug Geld gibt, in dieser Bundesrepublik, und frage mich, ob letzten Endes das Ausgeben dieses Geldes nicht eigentlich nur eine Frage der Prioritäten ist, daß nämlich festgesetzt wird, was Priorität hat und wofür Geld ausgegeben wird. Zu dem Wofür sagt die Bundesregierung momentan z. B.: für den Kuwait-Konflikt.

Dasselbe gilt auch für NRW. Wir als GRÜNE müssen mit Erstaunen zur Kenntnis nehmen, daß für eine Diätenerhöhung für die Abgeordneten, weitere Gelder für die Parteien und Stellen in den Ministerien Millionen zur Verfügung stehen, daß aber für Kindergartenplätze, mehr Lehrerinnen und Lehrer,

(Abgeordneter Trinius [SPD]: 105 Millionen DM und 650 Millionen DM Zuschuß!)

(D)

für wissenschaftliche und studentische Hilfskräfte und für Untersuchungen - zum Beispiel die Sanierung von Kinderspielplätzen - das Geld fehlt. Das müssen wir bei diesem Nachtragshaushalt mit Erstaunen zur Kenntnis nehmen. Dazu sagen wir: Das ist eine Politik, die wir nicht mittragen können. An dieser Stelle haben wir andere Vorstellungen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Klose: Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abgeordneten Walsken das Wort.

Abgeordneter Walsken (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich war ja wirklich sehr gespannt auf das, was nach der gestrigen Debatte heute noch an Neuigkeiten zum Nachtragshaushalt vorgetragen wird. Ich muß feststellen, daß an Neuig-

(A) (Walsken [SPD])

keiten zum Nachtragshaushalt hier eigentlich relativ wenig gekommen ist. Das konnte auch nicht anders sein.

Es verdichtet sich bei mir der Eindruck, daß je größer die Übereinstimmung im Fachausschuß und je größer die Übereinstimmung in der weiten Runde der im Nachtragshaushalt festgelegten Positionen ist, desto größer die Kämpfe hier im Parlament über die angeblichen Unterschiede, die man sich noch gegenseitig vorrechnet. Und wenn man keine Unterschiede mehr im Nachtrag findet, dann versucht man sogar schon auf den Haushalt auszuweichen, der im Jahre 1991 zur Diskussion steht, und versucht, dort schon die Konflikte hineinzubringen, die man heute eigentlich gar nicht hineinbringen kann, weil sie dann erst anstehen.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]:
Der Nachtragshaushalt ist auch ein Haushalt!)

(B)

- Der Nachtragshaushalt ist ein Haushalt, Herr Kollege, der von seinem Volumen her sehr gering ist und nur für die nächsten zwei Monate Gültigkeit hat und der sicherlich nicht im entferntesten - das wissen Sie auch und können es gar nicht anders sehen - die Bedeutung eines Haushaltsplans haben kann, der in Kürze zur Beratung ansteht und der ein Volumen von 60 Milliarden -demgegenüber geht es hier nur um ein paar Milliönchen - hat und natürlich die Landespolitik in Nordrhein-Westfalen darstellt, über die wir dann, wenn der Haushaltsplan ansteht, in einer Diskussion ringen können, die wir nicht schon vorgezogen bei ein paar Kleckerbeträgen im Nachtragshaushalt führen sollten. Also lassen Sie uns die Proportionen klarstellen. Im Verhältnis zu den 60 Milliarden DM im Haushalt sind das Kleckerbeträge.

(Zuruf der Abgeordneten Höhn [GRÜNE])

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Walsken, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Dr. Busch?

Abgeordneter Walsken (SPD): Ach, die Kollegen haben eben geredet, und ich habe Zwischenfragen stellen wollen, der Kollege Trinius hat Zwischenfragen stellen wollen; das ist von Ihnen, Herr Präsident,

(C)

nicht gesehen worden. Entschuldigen Sie, daß ich das sage. Zehn Minuten sind ein bißchen zu knapp, um noch Zwischenfragen zu akzeptieren.

Ich habe gesagt: Die Schwerpunkte sind übereinstimmend diskutiert worden.

Schwerpunkt war einmal die Frage der Rechts- und Verwaltungshilfe in der DDR, waren die zusätzlichen Stellen. Es gab nur in einem Punkt Differenzen zur CDU, die meinte, für die Steuerverwaltung sollten ein paar Stellen mehr zur Verfügung gestellt werden. Der Finanzminister konnte uns im Moment nicht sagen, ob das dem Bedarf, den er heute für erkennbar hält, Rechnung trägt. Wir haben uns dann darauf verständigt, eine Öffnungsklausel im Nachtragshaushalt festzulegen, die besagt, daß der Finanzminister im Einvernehmen mit dem Ausschuß jederzeit eine Aufstockung der Zahl der zur Verfügung gestellten Planstellen bekommen kann, was natürlich in die Richtung geht, dann eine Verstärkung vorzunehmen, wenn es notwendig und erkennbar ist. - In diesem Punkt also nur ganz geringe Abweichungen in der politischen Position im Fachausschuß!

Der zweite Punkt waren Komplementärmittel für den Wohnungsbau. Auch hier gab es kaum Differenzen. Die Grünen wollten mehr Mittel einsetzen. Das hätten wir auch gern getan, wenn es sich hier nicht um eine Komplementärfinanzierung gehandelt hätte, die durch Zusagen aus Bonn festgelegt ist und die man entsprechend aufstocken mußte.

(D)

Ich darf nur noch einmal auch in Richtung des Kollegen Wickel die Volumina der Wohnungsbaufinanzierung nennen. 2 Milliarden DM stellt das Land Nordrhein-Westfalen zur Verfügung, Kollege Wickel, 600 Millionen DM stellt der Bund zur Verfügung. Die 2 Milliarden DM, die aus dem Landeshaushalt für Nordrhein-Westfalen zur Verfügung gestellt werden, entsprechen in ihrem Volumen dem, was der Bund insgesamt für alle Bundesländer zur Verfügung stellt; Kollege Trinius hat es gestern schon gesagt. Das ist die Frage der Verantwortlichkeiten für die Finanzierung des Wohnungsbaus: Bonn ist hier am Zuge und muß etwas tun.

Mittel für studentische Hilfskräfte! Hier ist entsprechend aufgestockt worden; auch das war unumstritten.

(A) (Walsken [SPD])

Übergangsheime! Auch hier ist noch in der Fachausschußberatung im Einvernehmen mit allen Fraktionen eine Aufstockung erfolgt. Auch hier hat es keine Diskussionen darüber gegeben, ob das sinnvoll oder weniger sinnvoll ist. Einstimmig ist man diesem Votum gefolgt.

In der Sache hat es natürlich Diskussionen über das Abgeordnetengesetz und die Wahlkampfkostenerstattung - in welcher Höhe man das jeweils etatisieren sollte - gegeben.

Differenzen hat es in der Frage der Neuordnung der Landesregierung gegeben. Diese Differenzen beruhen natürlich einmal darauf, daß Oppositionsparteien grundsätzlich der Meinung sind, die Regierung brauche eigentlich gar nicht vorhanden zu sein, solle am besten ohne Personal arbeiten; das wäre am billigsten und natürlich für die Opposition am bequemsten. Dann könnte man diese Regierung auch besser angreifen; denn sie hätte niemanden, der für sie arbeitet.

(B) Es ging geradezu wie ein roter Faden durch die Beratungen der letzten Jahre, daß die Opposition den Ministerpräsidenten aufgefordert hat, er möge doch die Koordination der Ressorts in seinem Hause besser organisieren. Er koordine nicht, der Koordinationsbedarf sei so immens, daß er ihm nicht nachkomme. Jetzt sagt der Ministerpräsident: Ich brauche für die Koordination mehr Personal. Und plötzlich wird von der Opposition umgekehrt gesagt: Der Ministerpräsident regiert in die einzelnen Häuser hinein. Geht das denn?

So drehen Sie innerhalb von ein paar Jahren in der Beratung ihre eigene Argumentation um 180 Grad. Das halte ich für keine korrekte Sache.

(Beifall des Abgeordneten Trinius [SPD])

Der Ministerpräsident ist verpflichtet, für die Koordination der Arbeit der Ressorts zu sorgen, und hat dafür die Mittel von uns zur Verfügung gestellt bekommen.

Bei der Frage der Neuorganisation der Landesregierung hat es Streit um die Frage gegeben, was notwendig ist und was nicht notwendig ist. Notwendig ist bei einer solchen Organisation die Zentrale Abteilung für Personal, Planung, kurz: für interne Angele-

(C)

genheiten des Ressorts, die sogenannte Z-Abteilung. Wir haben gesagt: Eine solche Z-Abteilung braucht ein neues Haus; sonst kann es nicht arbeiten. Es kann ja nicht so sein, daß es sich hier nur um Kopfstellen handelt, wie das in der gestrigen Beratung gesagt worden ist. Es handelt sich um Stellen vom Fahrer über die Stenotypistin bis zum Sachbearbeiter und Regierungsrat, die in diesem Hause tätig sein müssen, und darüber hinaus bis zum Staatssekretär.

Meine Damen und Herren, ohne diese Grundausrüstung kann kein Haus arbeiten. Wenn Sie der Meinung sind, man solle das nicht machen, dann ist das Ihr gutes Recht, hat aber mit der Sache, um die es hier geht, eigentlich nichts mehr zu tun.

Strittig war die Frage, wieviel Zusatzpersonal von den genannten 135 durch Aufgabenzuwachs bedingt ist. Wir haben uns im Ausschuß darauf verständigt, daß die Regierung die durch Aufgabenzuwachs bedingte Personalerweiterung in Höhe von 73 Stellen im Haushaltsplan 1991 zum Abbau vorzusehen hat, getreu der Devise: Aufgabenzuwachs an der einen Stelle muß finanziert werden über Aufgabenabgang an anderer Stelle, verbunden mit bedarfsgerechter Kontrolle darüber, ob ein entsprechender Abgang an Aufgaben zu verzeichnen ist. Hier haben wir die Regierung gezwungen, darüber nachzudenken, wie sie schnellstmöglich diese 73 Stellen zur Verfügung stellen kann.

(D)

Das, meine Damen und Herren, ist Sache in der Beratung des Nachtragshaushaltsplans gewesen. Man kann die Nachtragshaushaltsplanberatungen natürlich aufblähen, indem man sich auf Nebenkriegsschauplätze wie zum Beispiel die DDR-Finanzierung begibt, eines der Lieblingsthemen des Kollegen Schauerte. Kollege Schauerte müßte wissen, daß die Bundesregierung und die Länder Übereinstimmung über ein Finanzierungsvolumen gefunden haben. Diese Übereinstimmung ist in dem Fonds "Deutsche Einheit" - erster Staatsvertrag - festgelegt; Sie wissen das. Nach diesem ersten Staatsvertrag sind auch die Kosten, die auf die öffentliche Hand zukommen, von der Bundesregierung zunächst einmal beziffert worden.

Wir leisten in einer Größenordnung von 3 Milliarden DM innerhalb von ein paar Jahren unseren Teil dazu.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: 1,95!)

(A) (Walsken [SPD])

- Im Laufe der Jahre addiert! - Daß die Kommunen heute schon rechnen müssen, inwieweit das ihre Haushalte in der mittelfristigen Finanzplanung betrifft, halte ich für ganz normal und ganz verständlich, auch daß eine Kommune heute schon sagt: Aufgrund des ersten Staatsvertrages - Fonds "Deutsche Einheit" - sind wir in der mittelfristigen Finanzplanung in unserem Zuwachs in den nächsten Jahren beschränkt und können deshalb bestimmte Maßnahmen nicht dann und dann durchführen, sondern müssen sie hinausschieben. Das ist im übrigen auch eine Sache, mit der wir hier im Hause noch zu tun haben werden. Die Zuwächse im Landeshaushalt von Nordrhein-Westfalen werden in den nächsten Jahren nicht mehr so toll ausfallen, weil ein Teil des Zuwachses Gott sei Dank verwandt werden muß, um die DDR zu finanzieren.

Wenn Sie immer sagen, das Land verdiene an der DDR, so empfinde ich das von dem Geschmack her, den Sie damit verbreiten, als eine unmögliche Geschichte. Wir verdienen nicht an der DDR. Es gibt auf Bundesebene unter den Finanzministern Übereinstimmung, daß das, was an Zuwachs auf der Steuerseite in die Landeshaushalte und den Bundeshaushalt hineinfließt, auch wieder zur Verbesserung der Infrastruktur in der DDR ausgegeben werden soll. Diese Übereinkunft gibt es, und an diese Zusage wird sich auch der Finanzminister dieses Landes halten. Wir werden ihn in unseren Ausschußberatungen, falls es Diskrepanzen gibt, auch daran erinnern. Aber ich denke, das brauchen wir nicht. Er wird dazu gleich selbst Stellung nehmen.

(B)

Das besagt nicht, Herr Kollege Schauerte - das wissen Sie auch alle -, daß mit dem Fonds "Deutsche Einheit", erster Staatsvertrag, die Gesamtkosten "Deutsche Einheit" schon beziffert werden. Der Streit geht im Augenblick natürlich in der Tat darum, ob sich der Gesamtbetrag "Finanzierung Deutsche Einheit" heute schon beziffern läßt oder nicht und, wenn er sich nicht beziffern läßt, wie er sich in den Finanzierungsmöglichkeiten darstellen läßt.

Sie versuchen in diesem Zusammenhang permanent, den Finanzminister Nordrhein-Westfalens in ein Boot zu bekommen, was Ihnen in der Parteipolitik paßt, nämlich das Boot: Ist er nun für Steuererhöhungen, oder ist er nicht für Steuererhöhungen?

(C)

Der Finanzminister hat darauf aus seiner Sicht sehr vernünftig reagiert.

Erst einmal ist es Sache der Bundesregierung festzustellen, welcher Finanzbedarf vorhanden ist.

Zweitens ist es Sache der Bundesregierung, sich darüber Gedanken zu machen, in welcher Weise die Mittel für die Finanzierung dieser zusätzlicher Ausgaben herangeschafft werden sollen.

Es gibt mittlerweile in dieser Republik dazu ganz muntere Gedanken und Ideen, im übrigen quer durch die Parteien - Sie wissen das. Für ganz wichtig halte ich, daß Bundesbankpräsident Pöhl vor einigen Tagen gesagt hat, er halte eine Finanzierung der Kosten für den Komplex DDR ausschließlich über eine Schuldenaufnahme für nicht zuträglich. Er geht natürlich von dem haushälterischen Grundsatz aus, den wir in diesem Lande auch haben und aus dem folgt: Investitionen in der DDR kann man durch Schuldenaufnahme finanzieren, aber die Sozialkosten, also konsumtive Ausgaben, über Schuldenaufnahme zu finanzieren, ist letzten Endes finanzpolitisch tödlich.

Ich frage Sie, wenn Herr Pöhl sagt, Schuldenaufnahme sei begrenzt - auch wegen der ganzen Marktmechanismen, die ich nicht weiter darstellen will -, und Sie stellen fest, daß Sie eine Differenz zwischen möglicher Schuldenaufnahme und tatsächlichen Kosten haben, wie Sie denn diese Kosten einspielen wollen? Woher wollen Sie die Mittel nehmen? Die Frage, die Sie an den Finanzminister Nordrhein-Westfalens stellen, an einen Finanzminister in einem der Bundesländer, muß von Ihnen an Ihre eigene Fraktion und Ihre eigene Partei in Bonn gerichtet werden. Sie muß darüber Klarheit schaffen, welche Kosten in welcher Höhe sie wie finanzieren will, nicht hier dieses Land Nordrhein-Westfalen.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort Herrn Finanzminister Schleußer.

Finanzminister Schleußer: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe es gestern und auch in

(A) (Minister Schleußer)

der ersten Lesung schon einmal sagen können: 98 % des Volumens sind unstrittig. 2 % des Volumens befinden sich im Streit, und das wird dann sehr ausführlich und intensiv diskutiert. Ich kann das verstehen, frage mich nur, ob es sich lohnt.

Ich bin Ihnen, Herr Kollege Walsken, sehr dankbar für den Hinweis, wann eigentlich der Haushalt beraten wird, wann über fast 70 Milliarden des Haushaltes 1991 beraten wird und in welchem Verhältnis dieser Nachtrag dazu steht und mit welchem Schwerpunkt man dort arbeiten kann.

Ich bin in ein paar Punkten angesprochen worden; darauf will ich kurz eingehen. Herr Kollege Schauerte, natürlich werden wir wie die Bundesregierung im Zusammenhang mit der Einbringung des Haushalts auch die Steuerschätzung vorlegen. Das habe ich gestern gesagt, das wiederhole ich heute.

Ihre nach wie vor unsinnige Bemerkung, Nordrhein-Westfalen verdiene an der Vereinigung, müßten Sie ein wenig ausdehnen. Dann wäre nämlich richtig, daß Bonn daran verdient, daß Bayern daran verdient, daß Baden-Württemberg daran verdient und Rheinland-Pfalz daran verdient.

(B)

(Zuruf des Abgeordneten Schauerte [CDU])

- Nun, Sie bestätigen, daß auch Herr Waigel daran verdient. Das beeindruckt mich alles sehr. Vor solchen Behauptungen möchte ich meinen Kollegen Waigel in Schutz nehmen, wie ich das dann auch für meinen Kollegen Tandler tun muß, weil so etwas Unsinn ist.

Wenn man nur bereit wäre von seiten der CDU, das, was man nicht belegen kann, logisch anzugehen! Ich habe, Herr Dr. Linssen, bis in den Sommer hinein gehört, die Steuerquellen sprudelten wegen der Steuerreform. Das haben Sie doch gesagt; ich bekomme es hier bestätigt. Das sei der Punkt; darum sprudelten die Steuerquellen.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Finanzminister, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Busch?

(C)

Finanzminister Schleußer: Wenn ich den Gedanken zumindest noch zu Ende bringen könnte? - Nun ist gerade die Sommerpause vorbei, und der Nachtrag ist eingebracht. Dann ist es jetzt nicht mehr die Steueränderung, sondern jetzt ist es die Einigung, die die Steuerquellen sprudeln läßt. Also: Sie müssen sich schon entscheiden: War es das erste, oder war es das zweite?

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Beides!)

- Es war beides, sagen Sie. - Das sind Ihre Behauptungen, und jetzt kommen wir zur Realität. Die Steuereinnahmen in Nordrhein-Westfalen sind rückläufig, wenn man eindeutig eingrenzbar Sonderfaktoren abzieht. Wir werden das miteinander im September und Oktober diskutieren können, wenn im September das Vierteljahresergebnis vorliegt.

Ich sage nur: Sie müssen sich entscheiden, wo die Gründe liegen. Und Sie müssen überlegen, wo dabei Ihre Verdienste sind.

Vizepräsident Dr. Klose: Es liegen jetzt zwei Anfragen vor. Zunächst Herr Kollege Dr. Busch. Bitte schön!

(D)

Abgeordneter Dr. Busch (Grüne): Herr Finanzminister, Sie reden immer von "unsinnig". Erklären Sie doch einmal, warum das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung die deutsche Einheit als ein großes Konjunkturprogramm bezeichnet und natürlich festgestellt hat, daß mit einem solchen Konjunkturprogramm erhöhte Steuereinnahmen verbunden sind und daß insofern selbstverständlich die öffentlichen Haushalte von der deutschen Einheit profitieren. Das ist doch völlig unbestreitbar.

Finanzminister Schleußer: Das ist doch überhaupt kein Widerspruch. Wir reden von dem gegenwärtigen Zeitpunkt. Natürlich wird es eine erhebliche Leistung geben, die sich auch auf die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen und auf die Bundesrepublik niederschlagen wird. Das bestreite ich nicht. Das wird ein Konjunkturprogramm werden. Das bestreite ich auch nicht.

(A) (Minister Schleußer)

Ich hatte nur den Eindruck, Frau Höhn wisse ein bißchen genauer, welche Leistungen aus der Bundesrepublik dafür erwartet werden. Mit den zusätzlichen Einnahmen, Herr Kollege Busch, werden Sie jedenfalls das, was Sie an Transferleistungen werden aufbringen müssen, in dieser Legislaturperiode nicht aufbringen können.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Dr. Linssen, bitte schön!

Abgeordneter Dr. Linssen (CDU): Herr Finanzminister, wenn Sie meinen, die CDU müßte sich für eine Argumentation entscheiden, können Sie sich vorstellen, daß beide Gründe, d. h. einmal Steuersenkung und deutsche Einheit genauso wie der 1. Januar 1993, wachstumsstimulierende Faktoren sind und daß aufgrund dieses Wachstums die Steuerquellen sprudeln, daß dies also die Argumentation der CDU ist und daß diese sehr konsequent ist?

(B) Finanzminister Schleußer: Ich sage ja nicht, daß Sie das nicht ständig behaupten, Sie haben nur die Frage der sprudelnden Steuerquellen durch die Frage Steuerentlastung ein wenig zurückgenommen, um die Argumentation deutlicher über die Vereinigung fahren zu können.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Das ist nicht wahr!)

Ich sage Ihnen nur: Nordrhein-Westfalen ist keine Ausnahme, was die Steuerentwicklung angeht, sondern steht mit an der Spitze der Steuerentwicklung.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Na, na!)

Wir haben weniger Einnahmen als 1989 bei Abzug der Sonderfaktoren. Sind Sie nicht bereit, das wahrzunehmen? Fakten interessieren Sie nicht.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Stimmt ja überhaupt nicht, Sie legen ja nichts vor!)

- Ich habe Ihnen erklärt, daß wir jedes Vierteljahr vorgelegt haben, Herr Kollege Schauerte, und das im Oktober wieder machen werden. Also werden wir im Oktober auch darüber reden können, wie es denn ist.

(C)

Was Sie zu den Finanzbeamten sagen, glaube ich, ist klargelegt worden. Wir haben die Änderung des Haushaltsgesetzes vorgeschlagen. Sie wissen, daß auf Verlangen der Clearingstelle eine gemeinsame Poolstelle zwischen den Ländern und dem Bund, die die jeweiligen Bedarfe berücksichtigt, eingesetzt wird.

Ich will nichts mehr zu der Volkszählung sagen.

Ich will der CDU, was die Frage der Steuerrückstellungen und der Steuern angeht, nur noch mit auf den Weg geben: Der Internationale Währungsfonds hat gestern erst zu den Fragen der deutschen Einheit Stellung genommen und die Bundesregierung dringend gebeten, Steuererhöhungen nicht auszuschließen und auf das internationale Zinsgefüge Rücksicht zu nehmen. Sie haben gesagt, was die Deutschen sich selbst antun, ist deren Geschichte, aber bedenkt zumindest das internationale Zinsgefüge und schließt Steuererhöhungen nicht aus.

Ich will mit dem Satz abschließen, den Sie, Frau Höhn, eingebracht haben. Es ist genug Geld da, wenn ich sehe, wie der Bundesfinanzminister da 3 Milliarden DM transportiert und da 13 Milliarden DM und dann noch jeweils höhere Summen transportiert. Ich will Ihnen sagen, er leitet eine massiv verhängnisvolle Entwicklung ein, er gibt permanent mehr aus als er hat. Wir sind uns darüber einig: Wir müssen unseren Kindern helfen, damit die auch in Zukunft leben können; so schadet man den Kindern nur.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich stelle weitere Wortmeldungen nicht fest und schließe hiermit die Beratungen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung nach der zweiten Lesung Drucksache 11/327 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe? - Stimmenthaltungen? - Dann ist damit der Gesetzentwurf in dritter Lesung mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU, der F.D.P. und der Fraktion DIE GRÜNEN verabschiedet.